



bayme  
vbm



vbw

# Oktoberfest Brüssel

## Mittagessen mit bayerischen Abgeordneten des EU-Parlaments

---

**Mittwoch, 16.10.2019, um 12:00 Uhr**

Restaurant Maison du Luxembourg,  
Rue du Luxembourg 37, 1050 Brüssel

---

## Europa nach den Wahlen

---

### Wolfram Hatz

Präsident

bayme – Bayerischer Unternehmensverband Metall und Elektro e. V.

vbm – Verband der Bayerischen Metall- und Elektro-Industrie e. V.

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

---

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

liebe Kolleginnen und Kollegen aus den

Gremien,

sehr geehrte Damen und Herren,

ich begrüße Sie herzlich und freue mich sehr,  
dass wir heute die Möglichkeit haben, uns mit  
den bayerischen Abgeordneten des EU-  
Parlaments auszutauschen.

Mein ganz besonderer Dank gilt Frau Mortler,  
die sich sogar an ihrem Geburtstag Zeit für uns  
nimmt. Liebe Frau Mortler, wir gratulieren  
Ihnen ganz herzlich zu Ihrem Ehrentag und  
wissen Ihr großes Engagement sehr zu schätzen!

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,  
Sie als Volksvertreter und wir als Verbände-  
vertreter haben hier in Brüssel ein gemeinsames  
Ziel: Wir wollen, dass bayerische Interessen  
gehört werden und gewahrt bleiben!

Aus diesem Grund bringen wir uns als  
Vereinigung der bayerischen Wirtschaft in den  
europapolitischen Diskurs ein und stellen hier in  
Brüssel regelmäßig Kongresse und andere  
Veranstaltungen auf die Beine.

Auch das Oktoberfest auf dem Gelände der  
bayerischen Vertretung, das wir heute eröffnen,  
dient einem politischen Ziel: Es soll Bayern und  
Brüssel noch näher zusammenbringen!

Die EU und der Freistaat – das ist seit langem  
eine klassische Win-Win-Beziehung.

Vom bayerischen Export im Volumen von  
190 Milliarden Euro pro Jahr gehen 56 Prozent  
in die anderen Mitgliedsstaaten der EU. Der  
Binnenmarkt trägt also entscheidend dazu bei,  
dass wir in Bayern so gut dastehen.

Umgekehrt hat unsere starke Wirtschaft in  
Bayern und Deutschland positiven Einfluss auf  
die Entwicklung im europäischen Ausland.

Eine vbw Studie zeigt, dass allein die Nachfrage der deutschen Industrie nach Vorleistungs- und Investitionsgütern für 3,3 Millionen Jobs in den anderen Mitgliedsländern sorgt.

Die Debatte über den deutschen Handelsüberschuss ist also völlig absurd: Durch den gemeinsamen Binnenmarkt entsteht in allen Mitgliedsstaaten Wertschöpfung.

Die EU hat für uns Bayern aber natürlich nicht nur wirtschaftliche Vorteile. Für uns als vbw ist die Union Ergebnis einer einzigartigen Erfolgsgeschichte, die uns Frieden und Wohlstand gebracht hat.

Wir sind stolz, Europäer zu sein!

Fünf Monate nach der Europa-Wahl hat die EU allerdings gewaltige Herausforderungen zu stemmen. Eine davon ist der Brexit.

Wir alle blicken gebannt auf das Gipfel-Treffen der europäischen Staats- und Regierungschefs

mit dem britischen Premierminister am morgigen Donnerstag.

Als Bayern sind wir besonders elektrisiert: Denn Großbritannien war für den Freistaat im Jahr 2018 das fünftwichtigste Exportland. Doch die Ausfuhren in das Vereinte Königreich sind zuletzt drastisch eingebrochen – obwohl der Brexit noch gar nicht in Kraft getreten ist!

Für uns als bayerische Wirtschaft steht fest: Alles ist besser als ein harter Brexit! Wir müssen uns auch auf der Zielgeraden des Austrittsverfahrens mit aller Kraft dafür einsetzen, dass der Brexit geordnet erfolgt! Gleichzeitig erfordern die Brexit-Verhandlungen auf den letzten Metern natürlich eine geschlossene EU, die sich ihrer Werte und Ziele bewusst ist.

Heute wollen wir mit Ihnen aber nicht nur über den Brexit, sondern auch über den richtigen Kurs in der neuen Legislaturperiode diskutieren.

Die neue Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat viele Ideen zur Weiterentwicklung Europas geäußert und die europäische Solidarität richtigerweise in den Fokus gerückt.

Auf der anderen Seite hat sie aber auch eine Reihe an Plänen formuliert, die wir als bayerische Wirtschaft kritisch sehen.

Meine Damen und Herren,

auch wir als Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft sind der Ansicht, dass Europa in zahlreichen Politikfeldern noch enger zusammenrücken muss.

Der bevorstehende Brexit zeigt erfreulicherweise, dass die Europäer zusammenstehen, wenn es ums Eingemachte geht. Und deshalb ist dieser eigentlich negative Prozess auch eine Chance, um die europäische Solidarität in anderen Bereichen zu festigen.

Mehr Europa brauchen wir

- in der Handelspolitik.
- in der Asyl- und Migrationspolitik.
- und in der Außen- und Sicherheitspolitik.

Mehr Europa brauchen wir

- zur Vollendung des europäischen Binnenmarkts.
- und beim Thema Arbeitnehmerfreizügigkeit – Stichwort Erleichterungen bei A1-Bescheinigungen.

Mehr Europa brauchen wir schließlich auch in der Umwelt- und Klimapolitik, die die EU unbedingt gemeinsam angehen muss – und hierbei weltweit Vorreiter sein kann. Diese Umwelt- und Klimapolitik muss intelligent, innovativ und ideologiefrei sein.

In der Summe heißt all das: Die Europäische Union ist ein *Staatenverbund*. Diesen Verbund gilt es zu festigen – über eine stärkere

Kooperation in vielen verschiedenen Politikfeldern.

Gleichzeitig müssen wir uns bewusst machen, dass es souveräne Einzelstaaten sind, die diesen Verbund tragen. Am Subsidiaritätsprinzip darf deshalb nicht gerüttelt werden. Gerade die Sozialpolitik muss Sache der Mitgliedsstaaten bleiben. Wir begrüßen, dass die neue Kommissionspräsidentin die Sozialpartnerschaft und den sozialen Dialog stärken will. Doch als vbw lehnen wir eine weitere Erhöhung der – im internationalen Vergleich schon sehr hohen – Sozialstandards ab.

- Wir brauchen keinen europäischen Mindestlohn, der Bürokratie schafft und Beschäftigungschancen vernichtet.
- Wir brauchen keine europäische Arbeitslosenversicherung, die manche Staaten dazu verleiten kann, Reformen zu verschieben.

- Und wir brauchen keine Mehrheitsentscheidungen in der Sozialpolitik, die die Souveränität der Mitgliedsstaaten massiv einschränkt.

Auch in der Steuerpolitik müssen wir am Prinzip der Einstimmigkeit festhalten.

Zudem brauchen wir einen starken Fokus auf Zukunftstechnologien und die Industrie.

Kurzum: Wir brauchen in der EU

- weniger Transfers,
- weniger Bürokratie,
- und weniger Regulierung.

und wir brauchen

- mehr Wettbewerbsfähigkeit,
- mehr Wertschöpfung,
- und mehr Wirtschaftspolitik, etwa über innovationsfreundliche Rahmenbedingungen für unsere Unternehmen!

Meine Damen und Herren,

Europa liegt uns als bayerischer Wirtschaft sehr am Herzen! Als überzeugte Europäer sind wir der Ansicht:

- Europa muss solidarisch sein.
- Europa muss solide sein.
- Und Europa muss mehr Wirtschaft wagen!

Dann wird Europa auch in Zukunft stark bleiben.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit